

AUSSENPOLITIK

BRD

(1) Wieder "Federal Republic of Germany"

Die BRD hat bei Hsinhua wieder ihren offiziellen Titel zugestanden bekommen. Anlässlich des Besuches von Gerhard Schröder in China hat die chinesische Presseagentur Hsinhua in englischer Sprache nach sehr langer Zeit die Bundesrepublik wieder mit ihrem offiziellen Staatstitel "Federal Republic of Germany" erwähnt. Sonst wurde sie von der Presseagentur immer "West Germany" genannt. Am 5. Juni z.B. hat Hsinhua bei der Meldung über die Unterzeichnung der Ostverträge das Berlin-Abkommen noch als "agreement between the Government of the German Democratic Republic and the West German Government" bezeichnet, obwohl die unpolemische Tonart der genannten Meldung bereits allgemein als positives Zeichen Pekings gegenüber der BRD gewertet wurde. Schon im September 1957 soll die chinesische Presse zum ersten Mal die Bundesrepublik mit ihrem offiziellen Staatstitel bezeichnet haben, als in Peking das ein Jahr geltende Handelsabkommen zwischen dem Ostausschuß der Deutschen Wirtschaft und dem Chinesischen Komitee zur Förderung des Internationalen Handels unterzeichnet wurde. Seinerzeit hat sich die VRCh wie heute um eine Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen mit Bonn bemüht (zu Schröders Chinareise s. THEMEN DES MONATS "Schröder auf der Chinesischen Mauer");

(2) Weiterhin sachliche Berichterstattung über die BRD

Zum "Bonner Wahl- und Ministerkarussell" gab Hsinhua (NCNA 13.7.) einen genauen und völlig unpolitischen Bericht, der sich in seiner Sachlichkeit von allem abhebt, was seit Jahren in der chinesischen Presse über die BRD erscheint (vgl. Deutschland-Dokumentation I, "Deutschland-Bild"). Am 3. Dezember ds. Js. fanden vorgezogene Neuwahlen statt. Das Warum wird anhand der Verfassung sowie im Zusammenhang mit der praktisch unmöglich gewordenen Regierungsarbeit erklärt. Auch die Neubesetzungen im Wirtschafts-, Finanz-, Verteidigungs- und Verkehrsministerium wurden erwähnt und die neuen Minister beim Namen genannt. Grund für den Rücktritt von Minister Schiller seien seine Meinungsverschiedenheiten mit anderen Kabinettskollegen gewesen. Er habe seinen Rücktritt eingereicht, nachdem die Regierung am 29. Juni trotz seiner Opposition schärfere Devisenkontrollen beschlossen habe (Näheres vgl. Deutschland-Dokumentation "Das Bild der Chinesen von der BRD")

Westeuropa

FRANKREICH

(3) Schumann bei Mao

Vom 5.-12. Juli hielt sich der französische Außenminister zu einem Besuch in der VRCh auf. Sichtbares Zeichen erfolgreicher Verhandlungen war ein Empfang bei dem Vorsitzenden Mao Tse-tung und der Abschluß eines Austauschprogramms für das Jahr 1972/73 (s. THEMEN DES MONATS).

GROSSBRITANNIEN

(4) Gegen Großbritanniens Nordirland-Politik

Peking protestiert kontinuierlich gegen die "Massen-

unterdrückung durch die britische Regierung" in Nordirland, ohne sich aber darüber klar auszusprechen, ob es sich ausschließlich für die Sache der katholischen Bevölkerung einsetzt. Offensicht gilt jedoch der protestantische Bevölkerungsteil als eine Art Lakai des britischen Imperialismus. Hier der Pekinger Standpunkt: "Ihr Land (sc.l.: Irland) wurde vollständig unabhängig im Jahre 1948, als es seine Loslösung aus dem britischen Commonwealth ankündigte. Großbritannien sah sich gezwungen, die Republik Irland anzuerkennen, weigerte sich aber, die sechs nördlichen Grafschaften der Republik Irland einverleiben zu lassen und setzte seine Herrschaft über die nordirische Bevölkerung fort. Seit langem haben die Nordiren einen unnachgiebigen Kampf gegen die nationale Unterdrückung und für ihre demokratischen Rechte sowie ihre nationale Unabhängigkeit geführt" (PRu 1972 Nr.8 S.27). "Obwohl die reaktionären Behörden versuchten, ihr verbrecherisches Ziel 'Teile und herrsche' durch vorsätzliches Schüren der Konflikte zwischen verschiedenen religiösen Glaubensrichtungen und deren Ausnutzung zu erreichen, sind die Nordiren im Kampf immer mehr zum Erwachen gekommen. Sie schloßen sich noch enger zusammen, um noch entschlossener gegen die Unterdrückung durch britische Soldaten und Polizisten und um demokratische Rechte zu kämpfen" (PRu 1972 Nr.7 S.21).

Sowjetunion und Osteuropa

(5) Reaktion auf Schröders Chinabesuch

Während über Nixons Chinareise in der Sowjetunion und deren Satellitenstaaten noch relativ gelassen berichtet worden war, stieß Schröders Besuch in Peking auf eine Welle von Angriffen. "Zunächst und vor allem fragt man sich", so schreibt das polnische Blatt "Dziennik Ludowy" vom 25. Juli, "weshalb gerade Schröder und nicht irgendjemand aus der jetzt an der Macht befindlichen Koalition in der BRD den Weg nach Peking ebnet". Als Antwort führt dieselbe Zeitung den Grund an, "daß ein Vertreter der Partei, die die Ostverträge der BRD ablehnt und auf eine Konferenz über europäische Sicherheit und Zusammenarbeit, der man chinesischerseits mit unverhüllter Feindseligkeit gegenübersteht, keinen Wert legt, es in Peking leichter hat und dort lieber gesehen wird." Die sowjetische "Literaturnaja Gazeta" (19.7.) schreibt: "Mit allen möglichen Manövern hinter den Kulissen versucht Peking, Zweifel an der Zweckmäßigkeit der Durchführung einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz zu säen und die einen europäischen Staaten den anderen, vor allem der Sowjetunion, entgegenzustellen". Die Iswestija (20.7.) bringt in diesem Zusammenhang wieder in Erinnerung, "daß sich Strauß schon längst mit dem Gedanken trägt, im politischen Kampf gegen die Sowjetunion die chinesische Karte auszuspielen". Am krasssten ist die Anschuldigung des SED-Zentralorgans "Neues Deutschland" vom 26.7., "daß der Besuch des stellvertretenden CDU-Vorsitzenden die Vorbereitung und den Beginn einer offenen Zusammenarbeit zwischen der Pekinger Führung und den imperialistischen Kräften in der BRD signalisiert". Darüber hinaus nimmt die polnische katholische Zeitung "Słowo Powszechne" (21.7.) sogar an, daß die Regierung in Peking mit der Einladung an den stellvertretenden CDU-Vorsitzenden den Bonner Oppositionsparteien Wahlhilfe geben wollte. Die tschechoslowakische Zeitung Borba (11.7.) behauptet ebenfalls, daß der Oppositionspolitiker seine Reise schon von Anfang an mit dem Verhalten eines "künftigen Außenministers" Bonns angetreten habe.

(6) Zur Europa-Reise Prinz Sihanouks

Die chinesische Presse berichtet lückenlos über den Besuch Prinz Sihanouks (C.a. Juni 72 S.22-23) in Rumänien, Albanien, Algerien, der Islamischen Republik Mauretanien und Jugoslawien (seit 14.Juli). Sihanouks Visite, die die Landkarte des chinesischen Interesses absteckt, produziert in Kommunikatives, Reden unter Interviews des Prinzen eine Verteidigung und Rechtfertigung der "korrekten Außenpolitik" der VRCh (ATA 29.6.). Hauptanliegen Sihanouks ist sein Werben um weitere Anerkennung der königlichen Regierung. Auch während der Reise stand Sihanouk ständig mit Vertretern der VRCh in Verbindung. So empfing er am 4.Juli in Algerien eine chinesische Delegation und am 12.Juli den chinesischen Botschafter in Mauretanien, Feng Yu-chiu. Den sowjetischen Versuch, Sihanouks Nationale Einheitsfront zu unterhöhlen, kommentierte der Exil-Politiker am 10.Juli auf einer Konferenz der Mauretanischen Volkspartei mit einer Polemik gegen die Supermächte. Nach einem Angriff auf die Bereitschaft der Sowjetunion, in Indochina eine Verhandlungslösung zu ermöglichen, setzte er hinzu: "Da gibt es eine Großmacht, die ich nicht beim Namen nennen will, die auch eine europäische Macht ist und die ebenfalls manövriert, um uns eine politische Lösung aufzuzwingen."

Mit dem Vormarsch der Kommunisten in Kambodscha nach Angtassom rund 70 km südlich von Phnom Penh, der die Lon Nol-Regierung unter Druck setzt, haben sich Pekings Verbalausfälle gegen Lon Nols Regime verstärkt (PRu 26, 72 S.20).

UdSSR

(7) Das Dreieck Moskau - Peking - Washington

In Moskau hat die Diskussion zu einem interessanten Aspekt des chinesisch-sowjetisch-amerikanischen Dreiecks begonnen. Am 16.Juli erschien in der "Prawda" aus der Feder eines gewissen Alexandrow, hinter dessen Namen eine Persönlichkeit mit direkten Beziehungen zur obersten Führung vermutet wird (NZZ 18.7.), ein Artikel, dem zufolge die Chinesen sich dafür einsetzen, daß die USA sich nicht aus dem Pazifik oder anderen Teilen der Welt zurückziehen. Diesen Eindruck hätten vor allem die beiden Fraktionsführer im Repräsentantenhaus aus einem Gespräch mit Chou En-lai gewonnen. Angesichts der sowjetischen Aufrüstung und der gleichzeitigen amerikanischen Abrüstung könne ein für China unangenehmes Vakuum in Südostasien entstehen.

Die Diskussion darüber, daß die Chinesen keineswegs an einem verfrühten Abbau der amerikanischen Präsenz in Asien interessiert seien, ist nicht neu. Ähnliche Vermutungen wurden bereits im Zusammenhang mit dem Nixon-Besuch in Peking ausgesprochen. Ein Punkt allerdings bleibt in der gegenwärtigen Diskussion unbeachtet, daß nämlich das Interesse Chinas, wenn es überhaupt vorhanden ist, nicht nur von antisowjetischen Motiven, sondern darüber hinaus auch von der Überlegung diktiert ist, daß Japan infolge eines übereilten amerikanischen Abzugs in eine Wiederaufrüstungspsychose geraten könnte.

(8) Neue Militärstrategie gegenüber der UdSSR

Bis vor kurzem mochte es scheinen, als wollten die Chinesen der sowjetischen Bedrohung (die Sowjetunion unterhält 45 Divisionen, also ein Viertel ihrer Streitmacht an der 7000 km langen chinesisch-sowjetisch-mongolischen Grenze) im wesentlichen nur mit konventionellen Waffen, d.h. mit ihren dort stationierten

67 regulären Divisionen, begegnen und sich dann letztlich auf das Mittel des Volkskriegs gegen den eingedrungene Feind verlassen.

Inzwischen aber haben Meldungen des Pentagon, die über die "New York Times" lanciert wurden, erkennen lassen, daß China sein strategisches Konzept auf zwei Beine gestellt hat. Es sollen nämlich künftig mehr Atombomben, und zwar mehr taktische Atomwaffen, eingeplant werden, um den potentiellen Eindringling nicht erst nach unsagbaren Opfern im Meer des Volkes ertrinken zu lassen, sondern ihn - soweit möglich - durch gezielte nukleare Schläge gegen seine Panzerwaffe schon im Grenzbereich abzufangen. Zu diesem Zwecke ist China verstärkt dazu übergegangen, F-9-Bomber (doppelte Schallgeschwindigkeit, Reichweite: rd. 750 km) zu bauen, die sich für den Nukleareinsatz eignen. 200 dieser Flugzeuge sind bereits einsatzbereit, weitere 15 Stück kommen monatlich hinzu (Herald Tribune 26.7.; Le Monde 26.7.). Nach amerikanischen Schätzungen, die Anfang Juni ds.Js. bekannt geworden sind, besitzen die Chinesen nunmehr auch rd.100 Atomsprengköpfe. Freilich wird es noch bis etwa 1975 dauern, ehe die Chinesen die zur Verteidigung ausreichende Zahl von rd.110 Mittelstreckenraketen einsatzbereit haben. Interkontinentalraketen sind bisher nicht verfügbar, aber im Rahmen des neuen Konzepts auch nicht unbedingt nötig.

Solche Hinweise auf eine veränderte Verteidigungskonzeption sollen allerdings nicht zu dem Schluß verleiten, daß Peking nun das "Volkskriegskonzept" vergessen wollte. Gerade im Zusammenhang mit dem 10.Jahrestag zu Maos berühmter Weisung über die Miliz (19.7.72) wurden neue Impulse für einen verstärkten Ausbau der Miliz gegeben (Näheres C.a.Mai 72, S.10; Juni 72 S.19 ff.)

ALBANIEN

(9) Bindung an Peking

Die Diskussion um die Frage, ob die Bande zwischen Tirana und Peking in den letzten Monaten zerrissen seien, ist immer noch im Gange. Eric Bourne (Christian Science Monitor 30.6.72) meint, daß die Haltung Chinas gegenüber Jugoslawien und gegenüber den Vereinigten Staaten mit Albanien Grundpositionen unvereinbar sei. Er fügt hinzu, daß ganz im Gegensatz zu früher weder in Tirana noch auf dem Lande Mao-Porträts oder Transparente mit spezifischen chinesischen Texten zu finden seien. Auch habe China den Albanern klargemacht, daß sie nicht mehr mit chinesischer Hilfe in demselben Umfang rechnen dürften wie bisher im Rahmen der drei albanischen Fünfjahrespläne gewährt worden sei.

Alle drei Argumente sind wenig aussagekräftig: Zwar mögen die Ansichten im Hinblick auf Belgrad und Washington verschieden ausfallen, doch steht die gemeinsame Gegnerschaft gegen Moskau für beide Partner nach wie vor an erster Stelle. Daß Mao-Porträts und ähnliche Symbole aus Albanien verschwunden sind, ist letztlich nur die Folge einer ähnlichen Entpersonalisierungspolitik, wie sie bereits seit Monaten in der VRCh betrieben wird. Wenn schließlich die Entwicklungshilfe für Albanien anteilmäßig niedriger ausfällt als bisher, so hängt das einfach damit zusammen, daß Chinas Interessen - ganz im Gegensatz zur Kulturrevolution - nicht mehr auf die "Kampfgemeinschaft" mit einer Handvoll Staaten ausgerichtet sind, sondern inzwischen globale Dimensionen angenommen haben. Chinas Entwicklungshilfe verteilt sich in der Zwischenzeit auf nahezu 30 Empfänger. Im übrigen lassen sich die Hilfeleistungen, die China im Rahmen des vierten Fünfjahresplans erbringt, nur bruchstückhaft erfassen, so daß sich eine so globale Aussage, wie sie Bourne hier bringt, ganz in Spekulationen versteigt (vgl. auch C.a. April 1972, S.4).

Nordamerika

- (10) Westliche Schüler und Studenten in die VRCh
Peking öffnet seine Türen nun auch für Schüler- und Studentengruppen aus dem Westen, die ideologisch nicht so eindeutig festgelegt sind wie die amerikanischen "Concerned Asian Scholars". Zwanzig kanadische Gymnasiasten aus Hamilton/Ontario bereisten im Juli die Volksrepublik als erste nordamerikanische Gruppe seit der Gründung der VRCh. Sie besuchten Fabriken, Kommunen und pädagogische Institutionen vom Kindergarten bis zur Universität in den Städten Canton, Wuhan, Peking, Tientsin und Shanghai (s. Christian Science Monitor 12.7.). Bei aller Begeisterung für das sozialistische China äußerten die Schüler gegenüber Korrespondenten eine gewisse Enttäuschung über die Unwissenheit chinesischer Studenten, was das Ausland angeht. Dies wird für die Verantwortlichen zu einem zentralen Problem werden, sobald die ersten chinesischen Studentengruppen den Besuch aus dem Westen erwidern. In die USA sollen fünfzehn Studenten einreisen (C.a. Juni 72 S.3). Bei dem Besuch des französischen Außenministers Schumann einigte man sich auf ein Kulturabkommen für das Jahr 1972/73, nach dem u.a. zwei chinesische Professoren ihre Sprache in Frankreich lehren und zwei französische Kollegen dafür nach China gehen werden. Man hat weiter den Austausch von je dreißig Studenten zu einem noch nicht näher präzisierten Zeitpunkt abgesprochen (Le Monde 12.7.). Auch aus der BRD werden Studenten Ende August 1972 China bereisen. Der Tübinger Sinologe und Sprachwissenschaftler O.Ladstätter, der die VRCh als Österreicher bereits im Herbst 1971 besuchen konnte, wird diese erste deutsche Gruppe anführen.

USA

- (11) Laser-Bomben aus China ?

Offenbar als Reaktion und Warnung an die amerikanische Adresse hat die chinesische Nachrichtenagentur am 9.7. Fortschritte in der chinesischen Laser-Forschung gemeldet. Danach soll die Werkzeugmaschinenfabrik der Stadt Kunming in der westchinesischen Provinz Yünnan, eine der größten chinesischen Fabriken für die Herstellung großer Präzisionsmaschinen, die über 300 Ingenieure und Techniker beschäftigt, einen Laser-Interferometer hoher Präzision für die genaue Kalibrierung von Längenmaßen entwickelt haben. China will damit signalisieren, daß es bald - ähnlich wie die USA - in der Lage sein wird, treffsichere, Laser-gesteuerte Bomben herzustellen. Seit Mai setzen amerikanische Piloten Bomben von einer ungeheuren Präzision, sogen. "smart bombs", ein. Brücken, die 1965-68 bei den massiven US-Bombardierungen nur mit bis zu 200 gewöhnlichen Bomben zerstört werden konnten, werden bereits beim ersten Anflug getroffen. US-Kampfflugzeuge haben so im Juni wichtige Brücken der Bahnverbindung von Hanoi in Richtung Nordwesten, nur wenige Kilometer von der chinesischen Grenze entfernt, unter Beschuß genommen (NZZ 7.5., International Herald Tribune 15.6.).

- (12) Journalistischer Dissens

Meinung der FAZ vom 3.7.72: "Taiwan ist das letzte Hindernis zur Normalisierung zwischen Washington und Peking". Übersicht von Le Monde vom 11.7.72: "Le Vietnam est le dernier obstacle a la normalisation des relations entre Peking et Washington".

Südamerika

- (13) Interesse am Anden-Pakt

China hat sein Interesse an einer Zusammenarbeit mit den Anden-Pakt-Ländern bekundet. Dies erklärte der chinesische Botschafter Chiao Jo-yu in Lima (Prensa Latina 2.7.), der den Sitz des Ausschusses für das Abkommen in Cartagena besucht hat. Das Gespräch fand vor Beginn der 9. Ordentlichen Sitzungsperiode der Kommission, des höchsten Organs des Anden-Paktes, am 10.7.72 statt. Im Anden-Pakt sind Bolivien, Chile, Ecuador, Columbien und Peru vertreten. Neben Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Petrochemie, der Metallindustrie, des Zollwesens und des Straßentransportwesens bemühen sich die Mitglieder des Paktes um eine gemeinsame Haltung gegenüber dem Auslandskapital. Die Volksrepublik unterhält diplomatische und kommerzielle Beziehungen zu zwei Anden-Pakt-Ländern, - Peru und Chile.

Pekings wachsenden Einfluß auf dem südamerikanischen Kontinent markierte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit diesen beiden Ländern 1971 sowie mit Mexico im Februar 1972 und Guyana im Juni 1972. Die zunehmende Aufweichung der auf die Isolierung Kubas in Südamerika gerichteten Bestrebungen, die die Wiederaufnahme von Beziehungen zwischen Peru und Kuba signalisiert, wurde in diesem Zusammenhang von Hsinhua (12.7.) begrüßt, obwohl sich das kubanisch-chinesische Verhältnis durch Castros Reise in den Ostblock und die Aufnahme Kubas in den RGW (11.7.) weiter zuungunsten der VRCh verschoben hat. Chinas verstärktes Interesse an Südamerika offenbart der Kommentar. Die Wiederaufnahme der Beziehungen wird als Schlag gegen den Wunsch der US-Imperialisten nach Herrschaft über Lateinamerika ausgelegt. "Die Tage", so Hsinhua, "wo die USA diktatorisch intervenieren und das Schicksal der lateinamerikanischen Staaten innerhalb des interamerikanischen Systems bestimmen konnte, sind vorbei". Die "Organisation der Amerikanischen Staaten" wird von chinesischer Seite als williges Instrument der USA zur Aufrechterhaltung ihrer kolonialen Interessen in Lateinamerika beschrieben. Schon früher hatten die Chinesen ihre Angriffe auf die Wirtschaftspolitik der USA in Lateinamerika konzentriert, besonders auf den Einfluß des US-Kapitals auf das Öl in Mexico und Venezuela. Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Guyana, der von einem Kredit über 26 Mill. US-\$ vorbereitet worden war (Mai) und einer Wirtschaftshilfe für Chile von 65 Mill. US-\$ im Vormonat, bereitet Peking nun neue Schritte vor. Der Minister für Außenhandel, Pai Hsiang-kuo, will im August Peru einen Besuch abstatten und eine direkte Schiffsverbindung zwischen den beiden Ländern initiieren.

Afrika

- (14) Ziele chinesischer Unterstützungspolitik in Afrika

Im Berichtszeitraum konzentrierte sich die chinesische Aufmerksamkeit so sehr auf den nordafrikanischen Raum (Sudan, Ägypten), daß die übrigen Teile des Kontinents in den offiziellen Meldungen fast ganz unbeachtet blieben.

Nach wie vor gilt freilich auch dort die Formel, die von der Pekinger Volkszeitung am 18. Juni anlässlich der OAU-Konferenz von Rabat (12.-15. Juni) geprägt wurde. Die chinesische "Unterstützungspolitik" hat danach z.Zt. vier Ziele im Auge:
- die nationale Befreiung der Völker von Mozambique,

Angola und Guinea (Bissau) aus der Oberherrschaft der Portugiesen;
 die Unterstützung der Völker von Azania (Südafrika, Simbabwe (Rhodesien) und Namibia (SW-Afrika) im Kampf gegen die südafrikanischen "weißen" Kolonialisten und gegen die Rassendiskriminierung;
 die Unterstützung aller Völker Afrikas in ihrem Kampf gegen "Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus" (so lautet die neue Formel!). Hauptziel der OAU sei es ja auch, den afrikanischen Kontinent völlig von fremder Herrschaft und Okkupation zu befreien, sowie den Kolonialismus und die Rassendiskriminierung in allen Formen auszurotten. Es gehe dabei auch gegen den "Sozialimperialismus" (die Sowjetunion!), die ihre Infiltration in Afrika "intensiviere, um Einflusssphären zu gewinnen";
 die Unterstützung der Solidarität der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas im Kampf gegen den Imperialismus (JMJP 18.6).

SUDAN

(15) Chinesischer Straßenbau

Das immer stärkere Engagement der VRCh im Sudan zeigt sich u.a. auch darin, daß die Chinesen Anfang Juli mit Straßenbauprojekten begonnen haben. Die erste Etappe ihrer Arbeit betrifft den Abschnitt der Straße Khartoum-Gedarif (vgl. THEMEN DES MONATS, "Hat China Chancen in Ägypten? "

Nahost

ÄGYPTEN

(16) Pekings Kommentar zur Ausweisung der sowjetischen Berater

China nahm den 20. Jahrestag der Vertreibung des ägyptischen Königs Faruk zum Anlaß, um die Ausweisung der sowjetischen Militärberater zu kommentieren. Der Tatbestand wurde zunächst unpolemisch wiedergegeben, dann aber schloß sich folgender Passus an: "Die Rede des Präsidenten Sadat brachte wieder einmal die feste Entschlossenheit der ägyptischen Regierung und des ägyptischen Volkes zum Ausdruck, für Gerechtigkeit zu kämpfen und den Kampf gegen die vom israelischen Zionismus mit stillschweigender Duldung und Unterstützung der Supermächte begangene Aggression bis zum Endsieg fortzusetzen" (NCNA 23.7.72; SWB 25.7.72). Vgl. THEMEN DES MONATS, "Hat China Chancen in Ägypten? "

SYRIEN

(17) 150 Mio. DM Kredit aus der VRCh

Wie der syrische Ministerpräsident und Außenminister anläßlich seiner Rückkehr von einem 10-tägigen offiziellen Besuch in der VRCh mitteilte, hat Peking sich bereit erklärt, Syrien einen Kredit in Höhe von 100 Mill. RMB (= ca. 150 Mill. DM) zu gewähren. Der Kredit, der zinslos gegeben wird, ist in 10 Jahren, beginnend mit dem 1.1.1988, zurückzuzahlen. In erster Linie soll der Kredit zur Errichtung von zwei Spinnereien, zum Bau eines überdachten Sportstadions in Damaskus und für eine Anzahl sonstiger Entwicklungsprojekte verwandt werden (BfA/NfA 11.7.72).

YEMEN

(18) Ergebnisse des yemenitischen Besuchs in Peking

Die chinesischen Bemühungen, einen "antisowjetischen Cordon Sanitaire a la Peking" (C.a. Juni 72 S.13 f.) um Nahost zu legen, sind auch im Zusammenhang mit dem Besuch des Ministerpräsidenten der Republik Yemen, Abdul Fattah Ismail, (8.-17. Juli 1972) in der VRCh deutlich geworden. Wie es im Abschlusfkommunique hieß, werden sich beide Seiten weiterhin im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus sowie bei der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und staatlichen Souveränität gegenseitig zu unterstützen. Es wurde ein neues Abkommen über wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit abgeschlossen. Beide Seiten "verurteilten auch die subversiven und intriganten Machenschaften des Imperialismus" (NCNA 18.7.72). Während eines Banketts kritisierte Chou En-lai das SALT-Abkommen, das nichts weiter sei als ein neuer Schritt im Wettrüsten beider Großmächte. Es war das erste Mal, daß der chinesische Regierungschef direkt auf das Ergebnis des Gipfeltreffens Nixon-Breshnjew vom vergangenen Mai anspielte. Von Frieden und Sicherheit könne nicht die Rede sein, solange die USA und die Sowjetunion ihren Rüstungswettlauf und ihre "nukleare Erpressungstaktik" fortsetzten und Streitkräfte sowie Stützpunkte in Drittländern unterhielten.

Asien

SRI LANKA

(19) Ende des Staatsbesuch in der VRCh

Am 5. Juli verließ die Ministerpräsidentin von Sri Lanka, Frau Bandaranaike, die VRCh, wo sie am 24.6. einen Staatsbesuch angetreten hatte. Während ihres Besuches führte sie Unterredungen mit Mao Tse-tung und Ministerpräsident Chou En-lai. Sri Lanka erhielt einen langfristigen zinslosen Kredit in Höhe von 307 Mio. Rupien - rd. 140 Mio. DM - und außerdem ein Darlehen von insgesamt 510 Mio. Rupien, das dem südasiatischen Staat bei der Überwindung seiner Devisenkrise helfen soll. Vor allem die indische Presse hat diese Vorgänge mit Unbehagen verfolgt. Ein Korrespondent der "Hindustan Times" fragt, ob der ceylonische Hafen Trincomalee zu einem chinesischen Stützpunkt ausgebaut werden solle. Soll eine Peking-Colombo-Achse parallel zur Moskau-Delhi-Dacca-Achse errichtet werden? (Vgl. THEMEN DES MONATS, "Sri Lanka und Peking antisowjetische Ziele im Indischen Ozean").

INDONESIEN

(20) Verbrennung chinesischer Bücher

Tausende von chinesischen Publikationen wurden von lokalen indonesischen Behörden in letzter Zeit beschlagnahmt und am 1. Juli vor dem Büro des Staatsanwalts von Nordsumatra in Medan verbrannt. Die Veröffentlichungen waren Zeitschriften und Taschenbücher, die nach Meldung der indonesischen Nachrichtenagentur ANTARA im Ausland gedruckt und durch Paketpost sowie von der See her nach Indonesien eingeschmuggelt wurden. ANTARA will auch erfahren haben, daß Zeitschriften und Bücher dieser Art von Chinesen an verschiedenen Orten Nordsumatras verkauft und ausgeliehen werden. Bis jetzt hat die Regierung die Einfuhr chinesischer Publikationen nicht zugelassen. Die seit dem Septemberaufstand angelaufenen Kommunistenverfolgungen dauern immer noch an (SWB 7.7.72).

JAPAN

(21) Im Vorfeld diplomatischer Beziehungen

Auf dem 27. außerordentlichen Parteikonvent der regierenden Liberaldemokratischen Partei wurde Kakuei Tanaka am 5. Juli zum Präsidenten der Partei und damit zum neuen japanischen Ministerpräsidenten gewählt.

Weite Kreise in Japan erhoffen von ihm, daß er der japanischen Chinapolitik einen neuen Impetus geben wird und daß es ihm möglich sein wird, diplomatische Beziehungen zur VRCh aufzunehmen.

Im Laufe dieses Monats haben zahlreiche Gesten von beiden Seiten bestätigt, daß man großes Interesse daran hat, miteinander ins Gespräch zu kommen. Sachlich, nämlich in der Frage der 3 Bedingungen der VRCh für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Japan, haben sich allerdings kaum Fortschritte, allenfalls Nuancierungen ergeben.

Die erste Stellungnahme zur Regierungsumbildung in Japan von chinesischer Seite kam von Chou En-lai, der die Absicht Tanakas, die Beziehungen zur VRCh so rasch wie möglich zu normalisieren, begrüßte. (NCNA 10.7.) Auf dem Wege hierzu ist nach wie vor das Taiwan-Problem die Kernfrage. Koso Sasaki, früherer Vorsitzender der oppositionellen Sozialistischen Partei, erster Parteiführer aus Japan, der nach Tanakas Wahl die VRCh besuchte, teilte in Hong Kong mit, er "bringe den chinesischen Führern von Herrn Tanaka die Nachricht, daß die Regierung entschlossen handeln wird, um eine frühe Normalisierung der sino-japanischen Beziehungen zu erreichen." Er fügte hinzu: "Ich kann keine großen Schwierigkeiten vorhersehen, da die Tanaka-Regierung schon bereit ist, die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abzubrechen." (JT 15.7. S.1) Von Tanaka selbst ist eine entsprechende Äußerung bisher allerdings nicht erfolgt.

Von seinem Interview mit Chou En-lai (20.7.) brachte Sasaki die Zustimmung mit, daß eine VR-chinesische Delegation der "China-Japan-Freundschaftsgesellschaft" einen Besuch in Japan machen kann, außerdem eine Äußerung Chous, er würde einen Besuch Tanakas in Peking begrüßen. (JT 21.7.)

Tanaka selbst hatte am 18.7. und am 19.7. erklärt, daß "ein Regierungsvertreter nach China fliegen wird, wenn die Zeit dafür reif ist", ließ sich allerdings nicht festlegen, ob er selbst fliegen würde oder ob er Außenminister Ohira schicken würde. (JT 19.7.) Die letzte Spekulation über den Termin der Reise - die an sich nicht mehr in Frage gestellt wird - entstand nach einem Gespräch zwischen Hsiao Hsiang-ch'ien und Takeo Miki (Minister ohne Portefeuille) am 27.7. Danach wird der Besuch vor dem 1. Oktober erwartet. (JT 29.7.) Das zeitliche Drängen der Chinesen wird vor allem damit erklärt, daß sie vor Aufnahme der für September geplanten russisch-japanischen Gespräche über einen Friedensvertrag noch zu einer Kontaktaufnahme mit der japanischen Regierung kommen wollen.

Nach Sasaki reiste am 25.7. Yoshikatsu Takeiri, Vorsitzender der oppositionellen Komeito, auf Einladung Chou En-lais ebenfalls zu Sondierungsgesprächen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen nach Peking. Takeiri ist zum dritten Mal in Peking (zuletzt im Sommer 1971) (JT 26.7.)

Trotz der - angeblich auf einer Absprache japanischer

Zeitungen mit der VRCh basierenden (JT 23.7.) - pro Peking-Stimmung in der japanischen Presse und trotz der Aktivitäten der pro-Peking eingestellten Opposition hält sich die Regierung in Äußerungen bezüglich der VRCh sehr zurück. In seiner ersten Pressekonferenz am 19.7. wiederholte Tanaka im Prinzip die Äußerungen Satos zur Frage der 3 Prinzipien der Anerkennung (C.a. März 72 S.10). In einer offiziellen Äußerung sagte ein Regierungssprecher am 17.7., die Regierung "fully understands the three principles as basic knowledge" (nimmt die drei Prinzipien als Verhandlungsbasis zur Kenntnis). Bei derselben Gelegenheit gab die Regierung bekannt, daß sie bezüglich des strittigsten Punktes der 3 Prinzipien, nämlich der Annullierung des Friedensvertrages mit der Republik China, hofft, dieses Problem im Laufe der Normalisierungsgespräche zu lösen (JT 19.7.) Diese Äußerung wird von der japanischen Presse teils als "Beinahe-Anerkennung der drei Prinzipien" interpretiert, von einem Teil der oppositionellen Politiker jedoch als eine reine Fortführung der unklaren Politik Satos angesehen. NCNA (SWB 21.7.) berichtete am 20.7. über die Pressekonferenz in einem sehr positiven Tenor. Auch auf chinesischer Seite ist demnach ein Stimmungsumschwung anzunehmen, wenn auch keine Äußerung aus Peking darauf hindeutet, daß China bezüglich Taiwans zu einem Kompromiß bereit ist.

Die Vorbereitungen für Verhandlungen werden inzwischen von beiden Seiten aktiv betrieben. Die VRCh entsandte mit Hsiao Hsiang-ch'ien, der zum Leiter des Tokyoter Büros des "China-Japan Memorandum Handeldsamtes" ernannt wurde, einen Mann, der bereits mehrfach Erfahrungen in Japan gesammelt hat (s. "Personalien"). Zusammen mit dem Leiter der Shanghai Ballett-Truppe, Sun Ping-hua, nahm Hsiao die ersten Kontakte zwischen Regierungsvertretern der beiden Staaten auf. Am 22.7. traf Außenminister Ohira mit den beiden Chinesen zusammen und vereinbarte in schriftlicher Form

- 1) die Beziehungen zwischen China und Japan so rasch wie möglich zu normalisieren,
- 2) ein weiteres Treffen zwischen Ohira und Sun abzuhalten,
- 3) die Kontakte zwischen dem japanischen Außenministerium und dem Handels-Verbindungsbüro Chinas fortzuführen (JT 23.7.)

Nach der Regierungsumbildung gründete die Regierungspartei einen "Rat für die Normalisierung der Beziehungen Japans mit China", dem 228 LDP Mitglieder angehören, darunter auch Mitglieder der pro-Taiwan-Fraktion. Der am 24.7. auf einer Sitzung dieses Rates an die Regierung gegebenen Empfehlung, "wohlüberlegte Schritte zur Normalisierung der Beziehungen zu unternehmen" wird daher besondere Bedeutung beigemessen, da es ein Schritt Tanakas auf dem Wege zur Konsolidierung der Meinungen zur China-Frage innerhalb seiner eigenen Partei ist. (JT 25.7.) Als weiteren organisatorischen Schritt der japanischen Regierung kann man die Bildung eines "Komitees zum Studium der Möglichkeiten zur Normalisierung der chinesisch-japanischen Beziehungen" im Außenministerium ansehen.

Neben den organisatorischen Schritten sind auch Gesten der beiden Regierungen nicht ohne Bedeutung. Hierzu gehören von chinesischer Seite die Anwesenheit des chinesischen Botschafters, Pu Ming, beim UN Wirtschafts- und Sozialrat in Genf bei einem Empfang der japanischen Diplomaten, Motoo Ogiso und Hideo Kitahara in Genf sowie die erneute Zulassung von Korrespondenten der Yomiuri Shimbun in Peking, die 1967 ausgewiesen worden waren. Auch die Benutzung einer Maschine der Japan Air Lines für den Flug des Shanghai Balletts

direkt von Shanghai nach Tokyo kann hierzu gerechnet werden, wünschen die Japaner doch schon längst Flugrechte auf dieser lukrativen Strecke. Als bedeutende Rechte von japanischer Seite ist die endgültige Genehmigung eines Kredites der Export-Import Bank für den Verkauf einer Vinyon-Fabrik der Fa. Kurarai Co. in die VRCh durch das Ministerium für Internationalen Handel und Industrie (MITI) und das Kabinett anzusehen, ebenso die Exemption des Büros des "China-Japan Memorandum-Handelsamtes" von Grundsteuern, einer de facto Anhebung dieses Büros in den Rang einer ausländischen Vertretung.

KOREA

(22) Chinesische Reaktion auf die koreanische gemeinsame Erklärung

Am 4. Juli hat Hsinhua den vollen Text der gemeinsamen Erklärung von Nord- und Südkorea sofort übermittelt. Jen-min jih-pao begrüßte im Leitartikel vom 9. Juli das Dokument als einen guten Anfang. Neben der Bekundung, daß die chinesische Regierung Nordkorea stets entschieden in ihrem Kampf für die Verwirklichung einer friedlichen Wiedervereinigung des Landes unterstütze, betont das Blatt: "Die Angelegenheiten jedes einzelnen Landes müssen von seinem eigenen Volk geregelt werden. Eine Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder durch irgendein Land ist unzulässig." Dagegen warnte das Regierungsorgan in Taipei "Chung-yang jih-pao" vom 5. Juli vor jeglicher Verhandlung mit den Kommunisten. Der Außenminister der Taipeier Regierung hat geäußert, daß der entschlossene antikommunistische Standpunkt seiner Regierung nie von außen her beeinflusst werden könne. (Vgl. THEMEN DES MONATS: "Die nordkoreanische Initiative für Wiedervereinigung: Hintergründe".)

LAOS

(23) Reste der 93. Kuomintang-Armee angegriffen

Wie Pathet Lao News Agency meldet, haben kommunistische laotische Verbände am 1. Juli die "Nester der Chiang Kai-shek-Banditen" in Nordlaos angegriffen und 13 von ihnen getötet (SWB 14.7.72). Es handelt sich hier um Reste der 93. Kuomintang-Armee, die auf der Flucht vor den kommunistischen Truppen im Jahre 1949 in die Drei-Länder-Ecke Birma - Laos - Thailand eindringen. Birma hat mit Hilfe der UNO 1953 und 1961 2000 bzw. 4400 Soldaten nach Taiwan evakuiert. Immer noch aber befinden sich rd. 3000 Soldaten in der Grenzregion, vor allem von Thailand und Laos. Die thailändische Regierung erlaubte den Soldaten, sich in den Gebieten der regierungsfeindlichen Meos niederzulassen, wo sie besonders vom Opiumanbau leben. Die Meos wehrten sich gegen diese Konkurrenz, und so kam es z.B. am 12. Dezember 1970 zu zweitägigen Kämpfen zwischen ihnen und den Kuomintang-Truppen. Möglicherweise hat der Konkurrenzkampf im Opiumanbau auch in Nordlaos zu Streitigkeiten mit der Bevölkerung geführt, so daß die Pathet Lao-Verbände schließlich als deus ex machina eingreifen konnten.

(24) Delegation der Laotischen Patriotischen Front in Peking

Vom 27. Juni bis 5. Juli besuchte eine Delegation der Laotischen Patriotischen Front Peking, wo - zusammen mit Vertretern der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha, dem Botschafter der Demokratischen Republik Vietnam und dem Botschafter der Demokratischen Volksrepublik Korea - ein Festessen stattfand,

bei dem entschieden anti-amerikanische Ansprachen gehalten wurden. Li Hsien-nien, Stellvertretender Ministerpräsident Chinas, benutzte diese Gelegenheit, um nochmals für einen Sieg der drei indochinesischen Völker (also nicht nur Hanoi!) zu plädieren. Ob China den Laoten materielle Hilfe zugesagt hat, wurde nicht bekanntgegeben. (NCNA 27.6.-5.7.)

(25) Konferenz der Laotischen Patriotischen Front und der laotischen Neutralisten

China unterstützt die Ergebnisse einer politischen Konferenz der kommunistischen Laotischen Front und der laotischen Neutralisten ("Union für laotische patriotische neutrale Kräfte"), die vom 20. - 24.7. abgehalten wurde und auf der man über neue Kampfaufgaben gegen den US-Imperialismus beriet (Monitor-Dienst Asien 30.6.72 S.5-7; PRu 1972 Nr.27 S.16 f.)

MONGOLISCHE VOLKSREPUBLIK

(26) Zunehmen der anti-chinesischen Propaganda

Wie mehrere scharf gefaßte Artikel und Radiosendungen (vgl. z.B. SWB 11.7.72) der Mongolischen VR gegen den antisowjetischen Kurs Pekings beweisen, scheint die von der Sowjetunion geförderte antichinesische Propaganda z.Zt. einen neuen Aufschwung zu nehmen.

China und die Mongolei sind unglückliche Nachbarn. Von 1950 (Aufnahme diplomatischer Beziehungen) bis 1964 war ihr Verhältnis durchaus freundlich, zumal zwischen beiden Ländern ein Grenzvertrag abgeschlossen werden konnte und China dem an Arbeitskräften armen Land nicht weniger als 40 000 chinesische Freiwillige zur Verfügung gestellt hatte. Die große Entfremdung kam jedoch mit dem sino-sowjetischen Schisma im Jahre 1964. Moskau entdeckte den strategischen Wert des bisher so vernachlässigten Außenlandes, schloß 1966 einen 20jährigen Vertrag für Frieden, Freundschaft und gegenseitige Unterstützung und veranlaßte 1967 Ulan Bator dazu, in die Stationierung russischer Truppen entlang der mongolisch-chinesischen Grenze einzuwilligen. Dies war umso leichter möglich, als der prosovjetsche Flügel unter Tsesdenbal innerhalb der Revolutionspartei des Mongolischen Volkes seit 1959 die Führung übernommen hatte. Heute sollen zwischen 100 000 und 500 000 sowjetische Soldaten in der Mongolei stationiert sein (FEER 25.3.72 S.20). Auch erhält die Mongolei die weitaus höchste Pro-Kopf-Wirtschaftshilfe, die der Kreml je einem Staat gegeben hat.

Nachdem die mongolisch-chinesischen Beziehungen während der Kulturrevolution den Gefrierpunkt erreicht hatten, schien sich 1971 eine Besserung anzubahnen. Doch seit jenem rätselhaften Flugzeugabsturz im September 1971, der mit dem Sturz Lin Piaos offensichtlich aufs engste zusammenhing, sind die Vorwürfe Ulan Bators gegen das angeblich irredentistische und machtschauvinistische China wieder lauter geworden.

VIETNAM

(27) Keine Vermittlung durch VRCh

Nach fast dreimonatiger Unterbrechung setzten sich Vietnamesen und Amerikaner am 20. Juli zur 151. Plenarsitzung in Paris wieder an den Verhandlungstisch. Genau an diesem Tage war auch der 18. Jahrestag der Unterzeichnung des Genfer Indochina-Abkommens - ein Anlaß, dem die Peking Volkszeitung einen ausführlichen Artikel widmete. Dieser Artikel steht in engem Zusammenhang mit den von Chou En-lai vielfach erhobenen Vorwürfen gegen damaligen Vertragsbruch

der Amerikaner. Chou hat inzwischen schon mehrere Male eingestanden, daß er 1954 einen Fehler begangen habe, als er die Abkommen von Genf unterzeichnete. Das wichtigste Ergebnis der damaligen Konferenz war die Teilung Vietnams und die Vereinbarung darüber, daß innerhalb eines Jahres unter internationaler Kontrolle Wahlen abgehalten werden und das Land wieder vereinigt werden sollte. Die Amerikaner weigerten sich jedoch, diesen Vertrag zu unterzeichnen, verpflichteten sich andererseits aber verbal, den Vertragsinhalt zu respektieren. Dulles stimmte in Wirklichkeit nur der Teilung Vietnams zu, und er wollte sie auch verewigen, da er in Südvietnam ein wichtiges Glied des von ihm um die Volksrepublik China geplanten Containment-Rings sah. Die Chinesen, die damals Hanoi bedrängten, seine Unterschrift unter das Vertragswerk zu setzen, wollen sich 18 Jahre später auf keinen Fall zum zweiten Mal in diesem Sinne "versündigen". China wird also weder eine neue Formel a la Genf akzeptieren, noch wird es Hanoi in diesem Sinne drängen. Außerdem ist es nicht bereit, das Vietnamproblem durch eine Globalstrategie im Dreieck USA - UdSSR - China zu lösen zu versuchen. Letzten Endes läuft das gesamte Vietnamproblem sowohl in den Augen Hanois als auch Pekings auf die Frage hinaus, ob eine Kampf- oder aber eine Verhandlungslösung zu bevorzugen sei. Wie die Aktionen auf dem Kriegsschauplatz in Vietnam beweisen, besteht Hanoi immer noch auf der Kampflösung. Insofern sind die Gespräche in Paris nur Begleitmusik. (Näheres hierzu vgl. auch C.a. Juni 72 S.11-13.)

(28) Pipeline von Südchina nach Nordvietnam

In den vergangenen Wochen ist nach Berichten aus Pentagon-Kreisen eine neue Pipeline zwischen Südchina und Nordvietnam entstanden, durch die mindestens 10-20% des vor der Verminderung der nordvietnamesischen Häfen eingeschifften Treibstoffbedarfs gesichert werden soll. Neben der bereits in Betrieb genommenen Pipeline sollen Vorbereitungen für die Errichtung einer zweiten, parallel laufenden Leitung im Gange sein (NZZ 26.7.).

Australien

(29) Ping-pong mit Australien?

Eine chinesische Tischtennisdelegation ist am 5. Juli von Peking aus zu einem Freundschaftsbesuch nach Singapur, Australien und Neuseeland aufgebrochen. Während Australiens Labour-Oppositionsführer Whitlam nach seiner Einladung in die VRCh im Vorjahr noch entschiedener für eine Verbesserung der Beziehungen zu China eintritt, will die liberalkonservative Regierung die Zeichen der Ping-Pong-Diplomatie ignorieren. Der australische Außenminister Bowen erklärte in Canberra, das am 22. Juli nach Sidney kommende chinesische Tischtennisteam werde nicht zu einem Regierungsempfang gebeten. Australien möchte offensichtlich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht in den Strudel chinesischer diplomatischer Aktivitäten hineingezogen werden und sich das Tempo einer möglichen zukünftigen Normalisierung nicht diktieren lassen (Hsinhua 7. und 17.7.72).

Ein "Taiwan-Zwischenfall" konnte durch die Konzilianz der Chinesen beigelegt werden. Zunächst war die zweiwöchige australische Reise des chinesischen Tischtennisteam kurzfristig abgesagt worden, weil der Leiter der Gruppe aus der Volksrepublik gegen die Anwesenheit eines taiwanesischen Basketball-

Teams in Australien protestierte. Nach eintägiger Diskussion mit Vertretern der australischen Tischtennisvereinigung erklärte sich die chinesische Delegation am 24.7. bereit, den Freundschaftsbesuch fortzusetzen.

Außenpolitik - Taiwan

(30) Reischauer: Taiwan, Provinz mit Konsulat

Bei der Rückkehr von einem 40tägigen Besuch in China erklärte Prof. J.K. Fairbank von der Harvard-Universität (C.a. Mai 72 S.4) in Hong Kong, daß der kulturelle Austausch zwischen der VRCh und den USA so lange geringfügig bleiben werde, wie das Taiwan-Problem nicht gelöst sei. (Christian Science Monitor 20.7.) Fairbank hat Chou En-lai den Vorschlag gemacht, die USA sollten ihre Beziehungen mit Taiwan auf Konsularebene herabstufen. Taiwan würde nach Fairbanks Vorschlag eine autonome Provinz werden, die von einem Gouverneur und nicht von einem Präsidenten verwaltet wird. Auf chinesischer Seite hat Fairbank wenig Kompromißbereitschaft gefunden. Auch in Taiwan dürfte wohl eine solche Umstellung vor dem Ableben Chiang Kaisheks undenkbar sein.

Internationale Organisationen und Konferenzen

UNO

(31) VR China muß statistische Daten veröffentlichen

Die Mitgliedschaft bei der UNO zwingt China immer mehr dazu, Statistiken zu veröffentlichen und dadurch die seit Jahren klaffende Lücke an quantitativen Angaben nach und nach zu schließen. So hat Anfang Juli der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) in Genf eine vierwöchige Sitzungsperiode eröffnet. An dieser Sommertagung nimmt auch eine Delegation der VRCh teil, die gemäß Tagesordnung u.a. einen Bericht über die chinesische Wirtschaftsentwicklung abzugeben hat.

Die Offenlegungszwänge der UNO haben bisher bereits zu zahlreichen nützlichen Angaben geführt. Es hat sich herausgestellt, daß die Wachstumsraten Chinas mit zu den höchsten der Welt zählen. Die landwirtschaftliche und industrielle Produktion, wie sie bisher in UNO-Statistiken zutage tritt, hat sich 1971 um 10% erhöht, was sich im Vergleich zu Japan (+ 6,1%) und zur Sowjetunion (+ 2,7%) höchst bemerkenswert ausnimmt. Nur noch Rumänien, Brasilien und der Iran können höhere Quoten aufweisen (Le Monde 2.7.72). Wie im selben Bericht nachzulesen ist, steht China mit 9 Mrd. m Baumwollstoffen nach wie vor an erster Stelle in der Weltproduktion. Die Produktion von Stahl hat sich 1971 gegenüber dem Vorjahr um 18% auf 21 Mio. t erhöht, was nach dem UNO-Bericht zur Folge hat, daß China auf der Welterzeugerliste nunmehr zwischen Frankreich und Italien liegt. Die Produktion von Eisen erhöhte sich 1971 um 26% auf 27 Mio. t, die von Roheisen um 23% auf 22 Mio. t. Der Bericht der Vereinten Nationen liefert auch Hinweise über die Kohleproduktion, die auf eine Kapazität von 300-350 Mio. t geschätzt wird. China gewann 1971 auch 25,5 Mio. t Rohöl, was gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 27,2% bedeutet. Schließlich ist in dem Bericht noch von 17 Mio. t Kunstdünger die Rede. Dies würde gegenüber 1970 einen Zuwachs von 20,2% bedeuten. Demgegenüber nimmt sich der Außenhandel noch relativ bescheiden aus: Er beläuft sich nur auf 4,6 Mrd. Dollar. (Le Monde 7.7.72) (Zum Vergleich siehe C.a. Februar 72 S.9 ff).

(32) Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Westliche Politiker, die in den letzten Tagen mit chinesischen Führern gesprochen haben, sollen nach einer Meldung der FAZ (12.7.) der Meinung sein, daß Peking ein Interesse daran gezeigt habe, an der von der Sowjetunion vorgeschlagenen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa teilzunehmen. Angesichts der Interessenlage Chinas (ein starkes Europa an der westlichen Flanke der Sowjetunion!) muß dieses Gerücht keineswegs Spekulation sein. Auch kann China sein Interesse zumindest formell damit begründen, daß es als Mitglied des Ständigen Ausschusses des UN-Sicherheitsrates an einer für die globale Situation so wichtigen Konferenz Mitverantwortung trage.

Es ergibt sich hier jedoch eine günstige Gelegenheit für Moskau, Rache für Chinas Opposition gegen die sowjetische Teilnahme an der Konferenz "Bandung II" von 1965 zu nehmen. Damals hatte Peking dagegen opponiert, daß Moskau - als "europäischer" Staat - an einer "asiatisch-afrikanischen" Konferenz teilnehme. Moskau wird nun vermutlich umgekehrt darauf hinweisen, daß China als "asiatischer" Staat nichts bei einer "europäischen" Konferenz zu suchen habe.

INNENPOLITIK

(33) Zum Tod Lin Piaos

Nachdem Mitte Juni "außerordentlich verlässliche Quellen" aus Hong Kong wieder einmal das unmittelbar bevorstehende Ableben des Vorsitzenden Mao Tse-tung angekündigt hatten und eine antikommunistische Hong Konger Zeitung in diesem Monat kolportierte (HT 22.7.), Maos Gattin, Chiang Ch'ing, sei zu seiner Nachfolgerin für das Amt des Parteivorsitzenden anzusehen, sind solche haltlosen Gerüchte durch die offizielle Bestätigung zehn Monate zurückliegender Spekulationen über den Tod des chinesischen Verteidigungsministers und Mao-Stellvertreters Lin Piao in den Hintergrund gedrängt worden. Von der Durchreise in Yenan hatte bereits ein Korrespondent der FEER (21.7.) gekabelt, daß kommunistische Kader in Peking, Shanghai, Nanking Suchou und Canton versicherten, Marschall Lin sei bei dem Flugzeugabsturz in der Äußeren Mongolei am 12. September ums Leben gekommen. Am 28.7. gab die chinesische Botschaft in Algerien eine Erklärung heraus, die diese Angaben bestätigte und Lin Piao Irrtümer, Arroganz und "Zwei Gesichter" vorwarf. Nach dieser Erklärung hat Lin Piaos "perverser Charakter" ihn dazu verleitet, einen Staatsstreich zu versuchen und den Vorsitzenden Mao Tse-tung ermorden zu wollen. Nach dem Scheitern sei sein Flugzeug auf der Flucht in die Sowjetunion über der Mongolischen Volksrepublik abgestürzt. Aus Peking zurückgekehrte Journalisten berichten über eine endgültige Direktive der Partei zum Fall Lin Piao, die am 20.7. an alle Parteimitglieder ergangen sei. CHINA aktuell wird in der August-Nummer auf den Fall "LP" und Veränderungen in der chinesischen Führungsspitze eingehen. Ein Zirkular des ZK vom 13.1.72, das eine Version des Lin Piao-Putsches für leitende Kader enthält, ist inzwischen von der westlichen Presse übernommen worden (HT 24.7.72). Solche Nachrichten beruhen auf einer Übersetzungsversion der taiwanesischen Zeitschrift "Issues and Studies" (Mai und Juni).

(34) Jahrestag der KPCh

Aus Anlaß des 51. Jahrestages der KPCh brachte JMJP auf der Titelseite der Ausgabe vom 1. Juli ein Photo von Mao Tse-tung und einen Ausspruch von diesem. Im Gegensatz zu früheren Jahren fand eine Feier in der Zentrale nicht statt. Zwar meldeten einige Provinzen Jubiläumsveranstaltungen, doch entsteht ganz allgemein der Eindruck, als sei der Jahrestag diesmal bewußt heruntergespielt worden. In der Tat besteht wenig Anlaß zum Jubel, mußte die Partei doch die bittere Erkenntnis hinnehmen, daß binnen vier Jahren zwei deklarierte Nachfolger des Vorsitzenden sich als Versager und Verräter erwiesen.

(35) Reaktivierung früherer Organe

Zum ersten Mal nach der Kulturrevolution wurden im Berichtsmonat genannt

1. Verband für Wissenschaft und Technik, ein Organ, das vornehmlich der Betreuung ausländischer Wissenschaftler und Techniker dient, die China besuchen. Vorsitzender des Verbandes war Li Szu-kuang, der am 24.4.1971 verstorben ist. (Aus der Tatsache, daß im Nekrolog für Li dieser Posten nicht genannt worden ist, darf man schließen, daß der Verband im April 1971 noch nicht reaktiviert war.) Am 17.7.1972 wurde nun Chou P'ei-yuan als stellvertretender Vorsitzender des

Verbandes genannt, als der er bereits 1963 erkannt worden war. Chou ist einer der bekanntesten Wissenschaftler Chinas, seit April 1972 auch stellvertretender Direktor des Instituts für Auslandsangelegenheiten, in welcher Eigenschaft er auch im Berichtsmonat mit Gerhard Schröder zusammentraf.

2. Akademie der Land- und Forstwissenschaften. Die Akademie, die bis zur Kulturrevolution "Akademie für Landwirtschaftswissenschaft" geheißen hatte, wurde erstmals genannt im Zusammenhang mit ihrem Vizepräsidenten Hao Chung-shih, der im Berichtsmonat eine Landwirtschafts-Delegation nach Japan leitete. Hao ist Funktionär des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft und war von 1962 bis zur Kulturrevolution stellvertretender Direktor des Stabsamtes für Land- und Forstwirtschaft im Staatsrat.

(36) Unterschiedliche politische Entwicklung in den Provinzen Kueichou

In der südwestchinesischen Provinz Kueichou lassen sich Tendenzen beobachten, die in doppelter Hinsicht bemerkenswert sind. Zum einen zeigt sich hier nämlich, daß die Spannungen zwischen ziviler Parteiführung und dem militärischen Establishment immer noch andauern. Zum anderen gibt gerade der Fall Kueichou einen Hinweis darauf, daß politische Strömungen wie z.B. die Entwicklung im Verhältnis zwischen Zivil- und Militärregierung nicht in allen Provinzen den gleichen Wellenschlag haben.

Hier die Tatsachen: Schon im November 1971 zeigte es sich, daß so verschiedene Regionen wie die Innere Mongolei und Kueichou auch verschiedene Entwicklungen aufweisen. In allen offiziellen innermongolischen Verlautbarungen galt es als selbstverständlich, daß die Armee ihre seit der Kulturrevolution gehaltenen politischen Schlüsselstellungen verlassen und ihren eigentlichen militärischen Aufgaben wieder stärker nachkommen sollte. Ganz im Gegensatz dazu hieß es in Kueichou immer wieder, daß die Soldaten sich nicht von der politischen Front zurückziehen sollten. (Näheres FEER 1972 Year